

Wenn das Kapital nicht weiss, wohin

Ohne Profit funktioniert der Kapitalismus nicht, und ohne den Begriff der Profitrate funktioniert die Kapitalismuskritik nicht. Zur Analyse der Weltwirtschaft und ihrer Krisen braucht es weiterhin marxistische Kategorien wie Verwertungskrise und Überakkumulation.

Von Stefan Howald

Jetzt wird er wieder gefeiert. Selbst im bürgerlichen Feuilleton billigt man Karl Marx gönnerhaft zu, ein paar interessante Gedanken geäussert zu haben. Das «Kommunistische Manifest» beschreibe wortmächtig die radikalen und permanenten Umwälzungen durch die bürgerliche Gesellschaft. Zum Entfremdungscharakter der Arbeit habe er ein paar verführerische Dinge gesagt, und womöglich könne er sogar als Philosoph der Freiheit durchgehen.

Aber das bleibt alles flockig und folgenlos. Denn Marx' Kritik der politischen Ökonomie wird kaum je ernst genommen. Die aber bleibt der beste Versuch, die unbestreitbare Produktivität und gleichzeitige Zerstörungskraft der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Krisenzyklen zu begreifen. Deshalb folgt hier ein schamlos didaktischer Versuch, diese Kritik zu rekonstruieren.

Bewegende Kräfte

Marx erhob im Vorwort zum «Kapital» den Anspruch, die bewegenden Kräfte der gesellschaftlichen Entwicklung zu enthüllen. Was also bewegt die «moderne Gesellschaft», den «Kapitalismus»?

Da sind zuerst einmal die Produktivkräfte – die Technologie, Entwicklung durch wissenschaftliche Entdeckungen und deren Umsetzung in der Arbeitsorganisation. Das ist keine genuin marxsche Einsicht. Jede herkömmliche «Kulturgeschichte» erzählt von den Entwicklungssprüngen der Menschheit durch die Zähmung des Feuers oder durch den Ackerbau, unterscheidet zwischen Stein- und Bronzezeit, weist auf die Überlegenheit von Feuerwaffen gegenüber Pfeil und Bogen hin und schwärmt von den verschiedenen industriellen Revolutionen. Aber Marx hat das genauer gefasst. Die Produktivkräfte sind

eingebettet in bestimmte Produktionsverhältnisse: Unter welchen Bedingungen wird produziert und konsumiert, und wem gehört was? Produktionsverhältnisse sind daher immer auch Eigentumsverhältnisse.

Die konkrete Beziehung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen charakterisiert die Produktionsweise einer Epoche. Die Linke hat mit und nach Marx immer schon darüber gestritten, wie die aktuellen Entwicklungsstufen des Kapitalismus genauer zu benennen seien. In den siebziger Jahren kam der Begriff «Spätkapitalismus» auf, danach gab es mal den «Staatsmonopolistischen Kapitalismus» (Stamokap). Dann wurde der Postfordismus propagiert, der auf den Fordismus gefolgt sei, und seit neustem wird von Finanzialisierung oder finanzgetriebenem Kapitalismus gesprochen.

Der deutsche Philosoph Wolfgang Fritz Haug hat mit guten Gründen den Begriff «Hightechkapitalismus» vorgeschlagen. Der Begriff hält an der übergreifenden kapitalistischen Produktionsweise fest, weist aber auf die besonderen Produktionsmittel hin, die sie heutzutage kennzeichnen. Viele der spektakulären Finanzinstrumente sind ja erst durch technologische Innovationen geschaffen worden. Deshalb verweist Hightechkapitalismus implizit auch auf die neuen Formen der Finanzwirtschaft.

Produktivität und Elend

Tatsächlich betrifft die Digitalisierung das Zentrum der gegenwärtigen Produktionsweise. Dies in zweierlei Hinsicht: Zum einen verändert sie den Stellenwert der menschlichen Arbeit innerhalb der Gesellschaft, denn es wird immer weniger Arbeitskraft gebraucht, um immer mehr Waren herzustellen. Und zum andern verändert sie die konkrete Arbeitstätigkeit.

Jede technologische Entwicklung ist ein menscheitsgeschichtlicher Fortschritt, setzt aber auch Kräfte frei, die gegenteilige Auswirkungen haben. Wie Marx vor 160 Jahren formuliert hat: «Wir sehen, dass die Maschinerie, die mit der wundervollen Kraft begabt ist, die menschliche Arbeit zu verringern und fruchtbarer zu machen, sie verkümmern lässt und bis zur Erschöpfung auszehrt. Die neuen Quellen des Reichtums verwandeln sich durch einen seltsamen Zauberbann zu Quellen der Not.»

Das gilt heute noch: mehr Produktivität, mehr Elend. Oder wenn das zu grobschlächtig tönt: Jeder Produktivitätszuwachs erzeugt (in unterschiedlichem Mass) menschliche Not. Der Stand der Produktivkräfte würde uns allen eine 24-Stunden-Arbeitswoche ermöglichen, und zwar

weltweit. Doch jede technische Verbesserung steigert stattdessen die Arbeitslosigkeit (zumindest anfänglich).

Marx hat diesen spezifischen Widerspruch in einem zentralen Widerspruch des Kapitalismus begründet gesehen: «Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch [dadurch], dass es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren strebt, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Mass und Quelle des Reichtums setzt. [...] Nach der einen Seite hin ruft es also alle Mächte der Wissenschaft und der Natur wie der gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs ins Leben, um die Schöpfung des Reichtums (relativ) unabhängig zu machen von der auf sie angewandten Arbeitszeit. Nach der andren Seite will es diese so geschaffnen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit und sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffnen Wert als Wert zu erhalten.»

In dieser Beschreibung steckt die Arbeitswertlehre von Marx.

Die ist der steinerne Gast im Haus der Ökonomie.

Vom Arbeitswert

Die Arbeitswerttheorie beansprucht, die ökonomischen Bewegungskräfte auf tiefster Ebene zu ergründen. So tief, dass die bürgerliche Ökonomie lauthals ihr Desinteresse verkündet und sich auf die oberflächliche Erklärung ökonomischer Prozesse durch die Kategorien von Angebot und Nachfrage versteift. Selbst ein linker Keynesianismus hat wenig Interesse für die Arbeitswerttheorie.

Dabei ist diese keine Entdeckung von Marx, sondern stammt von David Ricardo (1772–1823). Dessen These war gegen den Feudalismus gerichtet. Als bürgerlicher Intellektueller wertete er die sich entwickelnde kapitalistische Produktionsweise der neuen Klasse auf: Wenn die Früchte der Arbeit und der Reichtum bislang dem Adel als «gottgegeben» oder durch Machtwillkür zufielen, so wurden sie jetzt als durch (bürgerliche) Arbeit geschaffen legitimiert. Marx hat diesen Gedanken aufgenommen und die politischen Konsequenzen daraus gezogen.

Aber ist es nicht eine Banalität, dass alles, was wir produzieren, menschlicher Arbeit entspringt? Ja und nein. Ja, wenn es um den stofflichen Charakter der Arbeit geht, also um die konkreten, handfesten Arbeitsprodukte. Nein, wenn es um die Form geht, in der die Arbeitsprodukte in der Gesellschaft auftreten. Marx hat dies im «Doppelcharakter der Arbeit» analysiert. Im Kapitalismus schafft die Arbeit Gebrauchswerte, und sie schafft Tauschwerte.

Für den kapitalistischen Wirtschaftsprozess zählt vornehmlich der Tauschwert. Das Credo von Marx lautet: Nur die verausgabte, geleistete Arbeitskraft schafft (Tausch-)Werte. Werte werden ihrerseits in geleisteter Arbeitskraft gemessen, und zwar entsprechend dem gesellschaftlichen Durchschnitt für eine bestimmte Tätigkeit.

So weit, so halbwegs auch fürs bürgerliche Leistungsethos akzeptabel. Dabei stellt sich ein Problem. Wenn alle Waren nach den in ihnen vergegenständlichten Arbeitsleistungen ausgetauscht werden, entsteht ein Nullsummenspiel. Der Bauer verkauft der Schmiedin sein Getreide für eine Egge (und der Feudalherr klaut beiden den Zehnten). Der Kapitalismus bricht dieses System arbeitsteiligen Tausches radikal auf und verspricht, immer mehr und mehr zu produzieren. Das ist die umwälzende Produktivität der neuen Produktionsweise. Marx erklärt sie durch eine zusätzliche Entdeckung (oder Entlarvung): Es gibt eine Ware, die mehr Wert produzieren kann, als sie selbst Wert hat. Das ist die Arbeitskraft. Ihr eigener «Wert» ist die zu ihrer Produktion verausgabte Arbeit, also die Dinge, die der Arbeitende zu seiner Reproduktion braucht: Unterkunft, Nahrung und mehr oder weniger Spiele zum Brot. Das bekommt er als Lohn. Die Arbeitskraft aber schafft mehr, als sie kostet. Eine Arbeiterin erhält einen Lohn, der zu ihrer Reproduktion ausreicht, schafft jedoch einen darüber hinausgehenden Wert – den Mehrwert. Er ist das treibende Motiv der kapitalistischen Produktionsweise.

Ein wenig Rabulistik

Lohn ist nicht Entlohnung für verausgabte Arbeit. Sondern für verausgabte Arbeitskraft. Ist dieser Unterschied nicht Rabulistik, Wortklauberei? Nein, er zielt ins Zentrum der marxischen Theorie. Ohne den Begriff der Arbeitskraft ergibt das Konzept des Mehrwerts keinen Sinn. Wenn man den Lohn als «Wert der Arbeit» betrachtet, dann versucht man, Arbeit mit Arbeit zu erklären. Wenn die «Arbeit» entlohnt würde, woher käme dann der Mehrwert? Der Aufpreis des Unternehmers auf seine Waren wäre willkürlich, reine Machtanmassung (wie in der Sklavenhaltergesellschaft), was jede Spezifik der kapitalistischen Produktionsweise verneint. Nur die Arbeitskraft, die mehr Wert schafft, als sie kostet, erklärt das vorwärtstreibende Motiv des Kapitalismus.

Aber was ist mit dem Kapital? Oder zumindest mit den Maschinen? Die schaffen doch auch Werte? Ja und nein. Ja, sie helfen bei der Herstellung von Gebrauchswerten, also dem, was wir verzehren. Nein, denn sie gehen unter kapitalistischen Bedingungen nur als bereits geleistete Arbeitskraft in die Berechnung von Tauschwert ein. Das auszuklamüsern, war

schon zu Zeiten von Marx ein schwieriges Unterfangen, und es hat sich seither verkompliziert. Menschliche Arbeitskraft scheint zunehmend zu verschwinden, Dinge, also Tauschwerte, werden fast nur noch von Maschinen hergestellt. Aber erstens übertreibt diese Wahrnehmung die realen Verhältnisse; das scheinbar schwerelose, von Maschinen verwaltete und gratis zugängliche Internet basiert auf der Hardware der geleisteten Arbeitskraft in den globalen Sweatshops, auf der geistigen Arbeitskraft der SoftwareproduzentInnen und auf den Gebühren der Serverfirmen. Und zweitens ist die relative Abnahme der Wert schaffenden Arbeitskraft gegenüber der in Maschinen und Kapital steckenden vergegenständlichten Arbeitskraft gerade ein zentrales Problem des Kapitalismus: Kapital kann immer weniger produktiv im kapitalistischen Sinn, das heisst Mehrwert produzierend, angelegt werden. Das nennt sich dann Überakkumulation und Verwertungskrise. Die Begriffe bleiben zentral für das heutige Verständnis der Weltwirtschaft.

Neue Technologien

Zu Marxens Zeiten wurde die Werte schaffende Arbeit von BäuerInnen, Handwerkern und zunehmend vom Industrieproletariat geleistet. Produzieren Händler oder Bankerinnen aber auch einen Wert oder einen Mehrwert, oder verteilen sie bloss die anderswo geschaffenen Werte? Wie sieht es mit den Dienstleistungen aus, die mittlerweile zwei Drittel unserer Wirtschaft ausmachen?

Die neuen Technologien verschärfen solche Fragen. Schafft die Entwicklung einer App Werte im marxschen Sinn? Marxistisch gesehen kann (muss) man die Profite von Internetfirmen mit Machtverhältnissen erklären. Internetprovider (nicht Apple mit seiner Hard- und Software, sondern Facebook, das eine einmal geschaffene Infrastruktur mit geringem arbeitstechnischem Aufwand zur Verfügung stellt) eignen sich durch ihre Marktmacht einen Anteil am gesamtgesellschaftlichen Profit an, obwohl sie kaum Wert im ökonomischen Sinn produzieren.

Auch durch die Finanzialisierung der Wirtschaft wird der Mehrwert immer mehr verschachtelt, verschoben und verteilt. Selbst dem Alltagsverstand leuchtet ein, dass ein Hedgefonds keinerlei Wert schafft, sondern sich am Profit anderer Wirtschaftssektoren mästet.

Noch verzwickter wird die Frage bezüglich der (mehrheitlich von Frauen geleisteten) Hausarbeit oder der karitativen Arbeit, wo gearbeitet, aber (solange der Service public noch nicht privatisiert ist) keine Werte im kapitalistischen Sinne produziert werden. Doch dies

tangiert die Analyse der Lohnarbeit «nur» von aussen – das heisst, nicht entlohnte Arbeit wirft über die im «Kapital» analysierten bewegenden Kräfte des Kapitalismus hinausgehende Fragen der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion (und der politischen Prioritätensetzung) auf.

Trotz solcher Verkomplizierungen bleibt die marxsche Arbeitswertlehre das tiefgründigste und letztlich plausibelste Modell für das Funktionieren des Kapitalismus.

Ein tendenzieller Fall

Daraus hat Marx im dritten Band des «Kapitals» eine besondere These entwickelt: den «tendenziellen Fall der Profitrate». Danach sinkt die Profitrate über die Zeit hinweg notgedrungen, und zwar weil sich die Zusammensetzung des Kapitals im Produktionsprozess verändert.

Um das zu verstehen, müssen wir zum marxschen ABC zurückkehren. Marx unterscheidet zwischen variablem Kapital (v) und konstantem Kapital (c). Letzteres ist in Maschinen, Krediten und so weiter angelegt und bleibt im Produktionsprozess fix. Das variable Kapital ist der in Arbeitskraft verkörperte Teil des Kapitaleinsatzes. Betriebsökonomisch erscheint es als Arbeitslohn, das heisst als Ersetzung der Reproduktionskosten einer gekauften Arbeitskraft. Doch das variable Kapital – als Arbeitskraft – vermehrt sich im Produktionsprozess und schafft Mehrwert (m). Dieser ist der Überschuss an Wert, den die Arbeitskraft über die als Lohn ausgezahlten Reproduktionskosten erarbeitet. Die (ausbeuterische) Mehrwertrate (m') ist dabei das Verhältnis des Mehrwerts zum variablen Kapital: $m' = m / v$.

Jedes eingesetzte Kapital C besteht aus c und v und soll in mehr Geld, einer grösseren Wertsumme (C') resultieren, und zwar durch den Mehrwert. Wenn $C = c + v$, so ist $C' = c + v + m$.

Auf dem Markt verschwindet der Mehrwert allerdings kalkulatorisch hinter dem Profit (p). Das ist der Gewinn des Unternehmens, nachdem sowohl variables Kapital (Lohn der Arbeitskräfte) wie konstantes Kapital (Aufwendung für die Produktionsmittel) in die Rechnung einbezogen worden sind. Diese sich sozusagen automatisch vollziehende Veränderung ist ideologisch durchaus willkommen, weil damit die von Marx so genannte «Springquelle des Reichtums», nämlich die Arbeitskraft, halbwegs verschleiert wird.

Die Profitrate (p') ist entsprechend das Verhältnis des Mehrwerts zum eingesetzten konstanten und variablen Kapital, also $p' = m / (c + v)$. Steigt nun der Anteil von konstantem

Kapital (von Maschinen und so weiter) am Produktionsprozess, dann sinkt bei gleichbleibendem Mehrwert notgedrungen die Profitrate. Wenn der Mehrwert (m), den eine WOZ-Mitarbeiterin bei einem Lohn (v) von 5000 Franken erarbeitet, 500 Franken beträgt (die Mehrwertrate also 10 Prozent ausmacht) und pro Arbeitsplatz 5000 Franken an Computern (c) eingesetzt werden, beträgt die Profitrate anständige 5 Prozent. Wenn die WOZ neue Computer anschafft und das konstante Kapital damit auf 10 000 Franken steigt, sinkt die Profitrate auf enttäuschende 3,3 Prozent (obwohl die Mehrwertrate weiterhin 10 Prozent beträgt).

Bereinigte Grössen

Diese marxischen Erläuterungen kommen mit Gleichungen daher, die dem Lehrbuch für VolksschülerInnen entsprungen scheinen, und bilden zugleich hochkomplexe Prozesse ab. Der Mehrwert zum Beispiel tönt eingängig, aber er ist eine grundsätzliche, generelle Kategorie in einem von Details gereinigten Produktionsprozess. Auch der Profit ist eine bereinigte Grösse, der reale Profit bestimmt sich durch viel mehr Faktoren, durch Zwischenhändler, Steuern (oder Steuererlasse), Extraprofite via Wettbewerbsvorteile und anderes.

Marx hat ein paar dieser Faktoren benannt. Sie können Profitraten erhöhen, und sie können entsprechend dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirken: etwa die erhöhte Ausbeutung der Arbeitskraft durch Arbeitszeitverlängerung (wie wir sie heute teilweise erleben), durch Lohndumping (wie wir es heute teilweise erleben), durch Verbilligung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft oder der Produktionsmittel.

Nun könnte man sagen, für eine linke Theorie und Politik brauche es das Theorem vom tendenziellen Fall der Profitrate gar nicht. Doch beschreibt die These eine unzweifelhafte Entwicklung: den geringer werdenden Anteil menschlicher Arbeitskraft an der materiellen Produktion.

Es liegt anschaulich auf der Hand, dass der technische Fortschritt zum Einsatz von mehr konstantem Kapital führt – eine Fabrik zur Mikrochipherstellung kostet gut und gerne eine Milliarde Franken und beschäftigt noch 2000 Leute. Dieser zunehmende Einsatz von konstantem Kapital auf Kosten des variablen Kapitals macht die Profitproduktion global gesehen riskanter, unberechenbarer, volatiler. Von der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre werden die zunehmenden Schwierigkeiten im gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozess damit erklärt, dass Einzelinvestitionen heutzutage ungleich grössere Summen verlangten.

Doch das ist nur ein oberflächlicher Grund. Im marxischen Verständnis liegt dem die sich verändernde Zusammensetzung des Kapitals zugrunde, die zu einer tendenziell fallenden Profitrate führt, die wiederum Krisen hervorruft.

Flexibles Lesen

Historisch ist die These vom tendenziellen Fall der Profitrate zumeist dogmatisch verwendet worden, als angeblicher Beleg für den «unvermeidlichen Untergang» des Kapitalismus. Aber bei Marx ist sie nur das: eine langfristige Tendenz, und man kann ihr keine Zusammenbruchsthese bezüglich des Kapitalismus abgewinnen.

In einer flexibleren Lesart vermag die These die periodischen Krisen der kapitalistischen Produktionsweise strukturell zu erklären. Die sinkende Profitrate lässt die Investitionsfreudigkeit erschlaffen, führt zu Unterinvestition einerseits, erhöhter Spekulation andererseits, was die Krise gebiert; in dieser wird Kapital vernichtet, worauf die Profitrate ansteigt und der Zyklus von neuem beginnen kann.

Verwertungskrisen

Schauen wir das am Beispiel der Finanzmarktkrise 2007/08 an. Die hat vorerst spekulatives, fiktives Kapital aller Banken und Versicherungen und ihrer Finanzinstrumente vernichtet. Aber daran hingen Realwerte, etwa Häuser, und daran wiederum Menschen. So weit, so schlecht. Auch von konservativen KommentatorInnen wurde (kurzzeitig) eingeräumt, dass damals der spekulative Finanzkapitalismus überbordet habe. Doch Spekulation ist keine neue Erscheinung, sondern gehörte von Beginn an zum Kapitalismus. Jeder Investor, jede Aktionärin spekuliert auf Kursgewinne. Seit dem 17. Jahrhundert hat es Blasen gegeben, in denen sich solche Erwartungen überspannten. Auch Marx hat die zu seiner Zeit rapide wachsende Kreditwirtschaft analysiert. Die hat sich seither zweifellos immens gesteigert, und dennoch reicht der Hinweis darauf nicht zur Erklärung der periodischen Wirtschaftskrisen.

Denn solche Krisen zeigen nicht nur einen Einbruch der Nachfrage nach Produkten an, eine Überproduktionskrise also, eine Erklärung, auf der keynesianische Rezepte zur Krisenbekämpfung aufbauen (und dies kurzfristig erfolgreich). Sondern darin äussert sich eine tiefer gehende Verwerfung, eine Überakkumulations- und Verwertungskrise. Konkret: In den Industrieländern hat es seit etlicher Zeit zu wenig Geld, das produktiv investiert wird. Umgekehrt: Es hat zu viel Geld, das nicht investiert wird. Der Anteil der Vermögen der

Reichsten am globalen Gesamtvermögen nimmt zu. Das ist ein Problem für das kapitalistische System. Das Kapital kann nämlich nicht stillstehen: Derjenige, der sein Geld unter der Matratze versteckt, ist im bürgerlichen Denken eine Lachfigur. Gehortetes Geld ist nutzlos, es muss zu Kapital werden, damit das Wirtschaftssystem läuft und seine Produktivität aufrechterhält. Also wird krampfhaft nach Anlagemöglichkeiten gesucht. Was gegenwärtig in den Industrienationen als produktive Anlage nach Kapital schreit, bietet allerdings zu wenig Profit oder ist zu risikobehaftet oder ist nicht reibungslos genug (denn im Produktionssektor wird mit Menschen gearbeitet und also auch mit Unwägbarkeiten).

Nicht einmal Nullzinsen vermögen InvestorInnen zu überzeugen, in den Industriestaaten genügend produktiv zu investieren. In den USA steht die Infrastruktur kurz vor dem Kollaps. In Europa werden staatliche Investitionen in die Sozialleistungen gestrichen, und es fehlt jede Investition in eine vernünftige Migrationspolitik. Dagegen wird das Heil (der kurzfristige Profit) in Schwellenländern gesucht, oder es wird auf Extraprofite in Bereichen gesetzt, die bislang nicht der Kapitallogik unterworfen waren, etwa die Care-Ökonomie. Neureiche Oligarchen oder die Golfemirate verbrennen Geld in Fussballklubs und Formel-1-Rennen. Vornehmere Oligarchen setzen ihr Geld, das sie zuvor der Gesellschaft entzogen haben, kulturell oder karitativ ein.

Rückkehr zur Profitrate

Hat die Krise, wie gelegentlich behauptet, durch «schöpferische Zerstörung» das grundsätzliche Problem gelöst? Hat sich also die Kapitalzusammensetzung im Produktionsprozess, das Verhältnis von variablem und konstantem Kapital, verändert? Die Antwort lautet: kaum. Durch die Stilllegung von Betrieben und die Entlassung von Beschäftigten mag menschliches Know-how verloren gegangen sein (was die Löhne und damit den Anteil des variablen Kapitals kurzfristig zu senken pflegt), und es mögen konkret Maschinen veralten oder gar verrotten. Aber jene Techniken, die im gesellschaftlichen Durchschnitt in den Produktionsprozess eingehen, haben sich nicht verschlechtert, sondern sind weiterentwickelt worden. Technologischer Fortschritt wird nur durch zivilisatorische Katastrophen rückgängig gemacht. Mit oder trotz der Finanzmarktkrise gibt es gegenüber dem variablen zu viel konstantes Kapital, und entsprechend klein ist die Profitrate. Deshalb findet bereits wieder die Flucht in den Immobilienmarkt und in spekulative Wertpapiere, das heisst in fiktives Kapital statt, das Rechtsansprüche auf künftige Mehrarbeitsprodukte stellt, ohne zu deren Entwicklung beizutragen. Doch die Finanzialisierung der Weltwirtschaft ist

nicht die (Haupt-)Ursache für die Krisen, sondern gerade eine Konsequenz der seit längerem andauernden Verwertungskrise.

Das geht auf Kosten der Produktionsindustrie und gesellschaftlicher Infrastrukturinvestitionen. Wird diese spekulative Wette auf die Zukunft überspannt, platzt die Kapitalfiktion erneut. Beat Ringger vom Denknetz spricht von einer «Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion». Die ist nicht nur moralisch empörend, sondern auch dysfunktional. Der Kapitalismus erfüllt nicht einmal mehr seinen eigenen Anspruch, die Reproduktion der Gesellschaft zu gewährleisten.

Die konkrete Höhe und die Tendenz der gesellschaftlich durchschnittlichen Profitrate bestimmen also durchaus die Schärfe der Krise und die Möglichkeit, sie (systemimmanent) zu überwinden. Deshalb ist die Profitrate ein zwingendes Instrument für eine adäquate Interpretation der kapitalistischen Ökonomie. Und erst durch eine Analyse der Überakkumulation und ihrer konkreten Auswirkungen kann eine alternative Wirtschaftspolitik entwickelt werden.

Dieser Artikel erschien in der WOZ Die Wochenzeitung Nr. 20/18 vom 17.5.2018. Siehe www.woz.ch.